



Vertrag über Instandhaltung

Zwischen der

Techniker Krankenkasse
Bramfelder Straße 140
22305 Hamburg

- im Folgenden "Auftraggeber", „AG“ oder "TK" -

und

- im Folgenden "Auftragnehmer" oder "AN" -

wird für die Leistung/das Gewerk

Instandhaltung Dachflächen Unternehmenszentrale

in dem Objekt bzw. den Objekten der TK

Bramfelder Straße 140
Bramfelder Straße 160
Habichtstraße 41
22305 Hamburg

unter der Vertragsnummer 20160216 folgender Vertrag geschlossen:

§ 1 Gegenstand und Bestandteile des Vertrages

- (1) Gegenstand des Vertrages sind Wartung, Inspektion und – mit Ausnahme eines Einzelobjekts – Instandsetzungsarbeiten (nachfolgend "Instandhaltungsarbeiten") an den in Anlage V2 dieses Vertrages aufgeführten Dachflächen der TK-Objekte Bramfelder Straße 140 und 160 sowie Habichtstr. 41, 22305 Hamburg - im Folgenden als "bauliche Anlagen" bezeichnet. Bezüglich des Einzelobjekts Bramfelder Straße 160 sind Wartung und Inspektion, nicht jedoch die Instandsetzung Vertragsgegenstand, da eine Herstellergarantie des ursprünglichen Herstellers bis 02.05.2034 besteht. Wegen dieser Garantie obliegen insoweit dem ursprünglichen Hersteller sämtliche Instandsetzungsarbeiten.
- (2) Vertragsbestandteile sind:
1. diese Vertragsurkunde
 2. Interessenteninformation Anlage V1
 3. das Leistungsverzeichnis Anlage V2
 4. die Pläne Anlage V2.1
 5. die Regelungen zur Auftragsdatenverarbeitung - entfällt Anlage V3
 6. das Angebotsschreiben des Auftragnehmers Anlage V4
 7. Fremdfirmenordnung Anlage V5
 8. Verpflichtungserklärung Drittunternehmen Anlage V6
 9. die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B) in der bei Vertragsschluss geltenden Fassung
 10. für Bauleistungen die VOB/B in der zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses gültigen Fassung
 11. die anerkannten Regeln der Technik (insbesondere DIN 31051 und VDI-Richtlinie 3810) unter Einbeziehung der Europäischen Normen (EN) sowie die Normen des Deutschen Instituts für Normung e.V. (DIN-Normen), ferner VDE-, VDI-, VDS- sowie TÜV-Vorschriften, einschließlich aller einschlägigen Herstellerrichtlinien
 12. die gesetzlichen Bestimmungen, Verordnungen, Richtlinien und Schutzvorschriften - insbesondere die Unfallverhütungsvorschriften
- (3) Sämtliche Vertragsbestandteile sind dahingehend auszulegen, dass eine insgesamt dem zugrunde gelegten Vertragszweck entsprechende mangelfrei funktionierende Werk- bzw. handwerksgerechte Dienstleistung geschuldet ist. Im Falle verbleibender unauflösbarer Widersprüche gilt die vorstehende Rangfolge der Bestandteile.
- (4) Bedingungen des AN, insbesondere Allgemeine Geschäftsbedingungen, werden nicht Gegenstand dieses Vertrages.

§ 2 Leistungen des Auftragnehmers

- (1) Dem AN werden die in den §§ 1 und 2 dieses Vertrages beschriebenen Leistungen übertragen. Die Leistungen umfassen nach Art und Umfang sämtliche Maßnahmen, die für einen sicheren und funktionstüchtigen Zustand der baulichen Anlagen erforderlich sind. Anlagenspezifische Arbeitsanweisungen der Hersteller sind zu beachten.
- (2) Dem AN obliegt die Wartung, die Inspektion und die Instandsetzung der baulichen Anlagen.

- (3) Die Wartung umfasst alle Maßnahmen, durch die der geforderte Zustand (Sollzustand) der baulichen Anlagen bewahrt wird. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, alle zur Aufrechterhaltung des einwandfreien Zustandes und der Funktion der baulichen Anlagen erforderlichen Leistungen zu erbringen.
- (4) Die Inspektion umfasst das Überprüfen der baulichen Anlagen auf deren einwandfreien Zustand und richtige Funktion einschließlich der gesetzlich vorgeschriebenen Prüfungen auf Unfall- und Betriebssicherheit nach den anerkannten Regeln der Technik. Die Inspektion umfasst ferner Maßnahmen zur Feststellung und Beurteilung des Ist-Zustandes der baulichen Anlagen (u.a. schriftlicher Zustandsbericht inkl. fotografischer Dokumentation) einschließlich der Bestimmung der Ursachen der Abnutzung und dem Ableiten der notwendigen Konsequenzen für eine weitere Nutzung.
- (5) Die Instandsetzung umfasst die Beseitigung von Störungen und Mängeln, soweit diese im Zuge der regelmäßigen Wartungs- und Inspektionsarbeiten festgestellt wurden oder von der TK dem AN zuvor gemeldet wurden. Die Instandsetzung umfasst ferner das Liefern aller erforderlichen Materialien bzw. Ersatzteile und das Erneuern oder Ausbessern aller abgenutzten oder schadhaften Anlagenteile. Soweit diese den Wartungs- und Inspektionsaufwand nur unwesentlich erhöhen, d. h. bis zu einem Betrag von € 100,- für Arbeitsstunden und Materialkosten pro Störung und Wartung/ Inspektion/ Meldung („Bagatellgrenze“), schuldet der AN die unverzügliche Instandsetzung ohne zusätzliche Vergütung.
- (6) Für Instandsetzungsarbeiten mit einem Aufwand von über 1.000 € für Arbeitsstunden und Materialkosten pro Störung und Wartung/ Inspektion/ Meldung („Beauftragungsgrenze“) hat der AN der TK ein schriftliches Angebot vorzulegen und im Falle einer schriftlichen Bestätigung oder Beauftragung durch die TK diese in angemessener Frist auszuführen. Auf Übertragung dieser Leistungen hat der AN keinen Rechtsanspruch. Erforderliche Instandsetzungsarbeiten mit einem Aufwand im Zwischenbereich, d.h. über der Bagatellgrenze, aber nicht über der Beauftragungsgrenze, führt der AN unverzüglich aus und stellt sie der TK gem. § 7 Abs. 5 gesondert in Rechnung.
- (7) Der AN darf am Einzelobjekt Bramfelder Straße 160 keine Instandsetzungsarbeiten durchführen, selbst solche unterhalb der Bagatellgrenze, da für dieses Objekt eine zehnjährige Herstellergarantie der Firma Züblin bis 02.05.2034 besteht und die Gewährleistungsrechte der TK gegenüber Züblin nicht durch Arbeiten des AN gefährdet werden dürfen. Insoweit beschränkt sich die Verpflichtung des AN auf die Dokumentation und Meldung von Instandsetzungsbedarf an die TK.
- (8) Zu den Leistungen des AN gehört ferner die Anfertigung von Wartungsberichten, in denen die Wartungsarbeiten detailliert aufgeführt werden. Alle Unregelmäßigkeiten, die eine Funktionsbeeinträchtigung der baulichen Anlagen verursachen könnten, sind im Wartungsbericht ausführlich zu beschreiben. Die Wartungsberichte/ Prüfnachweise müssen folgende Angaben enthalten:

- Art und Umfang der ausgeführten Leistungen einschließlich des verwendeten Materials
- die bei der Wartung getroffenen Feststellungen über den Zustand der Anlage
- sämtliche in absehbarer Zeit erforderlichen Reparatur-, Instandhaltungs- und Instandsetzungsarbeiten
- die von der in § 2 Absatz 12 dieses Vertrages genannten Beauftragten der TK vor Ort quittierten Arbeitsnachweise und Anwesenheitszeiten.

Der jeweilige Wartungsbericht ist zwingender Bestandteil der zahlungsbegründenden Unterlagen und gemeinsam mit der jeweiligen Rechnung einzureichen (vgl. § 8 Absatz 2 dieses Vertrages).

- (9) Die Wartungsarbeiten sind - nach vorheriger Terminabsprache gemäß § 2 Absatz 12 - durchzuführen:

- ☐ monatlich, innerhalb der betriebsüblichen Arbeitszeit
- ☒ ...2-mal jährlich jeweils in den Monaten April und Oktober

- (10) Der Auftragnehmer ist - auch außerhalb der regelmäßigen Wartungstermine - verpflichtet, Störungen, die die Sicherheit oder Funktionstüchtigkeit der baulichen Anlage gefährden oder ausschließen, nach

Aufforderung zu beseitigen (Störungsdienst). Der Auftragnehmer hat die Arbeiten unverzüglich auszuführen

- ☒ innerhalb der betriebsüblichen Arbeitszeit
- ☒ auch außerhalb der betriebsüblichen Arbeitszeit (z.B. nachts und an Sonn- und Feiertagen)
- ☒ innerhalb der vereinbarten Reaktionszeiten von 24 Stunden ab Störungsmeldung muss mit der Störungsbeseitigung begonnen werden

(11) Der AN ist verpflichtet, im Rahmen der letzten Wartung vor Beendigung dieses Vertrages im Sinne einer Begehung gemeinsam mit dem AG den Zustand der baulichen Anlagen in Augenschein zu nehmen und über das Ergebnis ein Protokoll anzufertigen.

(12) Ansprechpartner für den AN und Beauftragte der TK vor Ort ist die örtliche Dienststelle:

Techniker Krankenkasse
Dienstleistungszentrum Immobilienmanagement (Team GMZ)
Bramfelder Str. 140, 22305 Hamburg

Mit ihr hat der Auftragnehmer den Termin für die Durchführung der Wartungsarbeiten spätestens 14 Tage vor Beginn der Arbeiten telefonisch oder schriftlich abzustimmen. Ein zuständiger Ansprechpartner des AG wird dem AN nach Beauftragung benannt.

(13) Arbeitsnachweise und Anwesenheitszeiten sind nach Beendigung der Arbeiten von dem Ansprechpartner oder bei dessen Abwesenheit von einem anderen Mitarbeiter der Dienststelle vor Ort schriftlich quittieren zu lassen. Die Bestätigung erstreckt sich nicht auf die fachgerechte Ausführung.

(14) Der AN ist verpflichtet, Gerüste und Leitern bis zu einer Arbeitsbühnenhöhe von 2,50 m über Gelände oder Fußboden auf- und abzubauen sowie vorzuhalten. Diese Leistungen sind in der Vergütung mit erfasst.

§ 3 Gewährleistung

Die Verjährungsfrist für Mängelansprüche der Vertragsleistung des AN beträgt 2 Jahre, beginnend mit der jeweiligen Abnahme der Leistung. Eine Abnahme allein durch Ingebrauchnahme wird ausgeschlossen.

§ 4 Pflichten des Auftragnehmers

- (1) Der AN ist verpflichtet, die allgemein anerkannten Regeln der Technik, die gesetzlichen Bestimmungen und Schutzvorschriften - insbesondere die Unfallverhütungsvorschriften – sowie alle in Anlage V2 zu diesem Vertrag genannten Normen und Regelwerke zu beachten.
- (2) Es dürfen nur Originalersatzteile oder - nach vorheriger Absprache mit der TK - auch gleichwertige Ersatzteile verwendet werden.
- (3) Erkennt oder vermutet der AN Mängel oder Schäden, die die Funktionstüchtigkeit oder Sicherheit einer baulichen Anlage gefährden könnten, hat er unverzüglich die in § 2 Absatz 12 dieses Vertrages genannte Beauftragte zu benachrichtigen und erforderlichenfalls die Sicherung der Anlage zu veranlassen.
- (4) Die Benachrichtigungspflicht gilt auch für Mängel oder Schäden, welche die Funktionstüchtigkeit oder Sicherheit einer Anlage gefährden, aber nicht umgehend behoben werden können.

- (5) Auf andere Mängel oder Schäden, die nicht unverzüglich beseitigt werden müssen und deren Beseitigung nicht zur Vertragsleistung gehören, hat der AN die in § 2 Absatz 12 genannte Beauftragte des AG unverzüglich schriftlich hinzuweisen. Der AN hat mündliche Benachrichtigungen schriftlich zu bestätigen.
- (6) Erkennt der AN, dass wegen Änderung der Nutzung oder Änderung der für die Wartung bestehenden Vorschriften Maßnahmen bzw. andere Wartungsintervalle notwendig werden, hat er die in § 2 Absatz 12 genannte Beauftragte der TK darauf schriftlich hinzuweisen.

§ 5 Einzusetzendes Personal und Nachunternehmer

- (1) Der AN hat die Leistungen mit seinem Betrieb zu erbringen. Er ist verpflichtet, für die Ausführung seiner Leistungen qualifizierte Fachkräfte einzusetzen, die mit der Instandhaltung von Dachflächen vertraut sind. Er hat geeignetes Fachpersonal sowie alle zur Erbringung der Leistungen benötigten Hilfsmittel (z.B. Messgeräte, Diagnosegeräte und Werkzeuge) und Hilfsstoffe (z.B. Reinigungsmittel) zu liefern bzw. zu stellen.
- (2) Die Übertragung der Ausführung von vertragsgegenständlichen Leistungen oder Teilleistungen des AN auf einen Nachunternehmer oder der Austausch eines Nachunternehmers nach Vertragsschluss bedarf der vorherigen Information und schriftlichen Zustimmung der TK. Der AN hat der TK im Rahmen dieser Information und vor der Erteilung der Zustimmung eine schriftliche Erklärung des Nachunternehmers einzureichen, in der dieser bestätigt, dass der AN auf die Ressourcen des Nachunternehmers uneingeschränkt zugreifen kann, soweit dies zur Durchführung der unterbeauftragten Leistungen erforderlich ist. Bloße Zulieferungen oder rein unterstützende Tätigkeiten fallen nicht unter den Begriff des Nachauftrags.
- (3) Durch die Aufgabenübertragung auf Dritte dürfen der Vertragszweck, die vereinbarten Termine, die Einhaltung der Vorschriften über Datenschutz und Geheimhaltung nicht gefährdet oder beeinträchtigt werden. Der AN ist verpflichtet, in den Vertrag mit seinem jeweiligen Nachunternehmer entsprechende Regelungen aufzunehmen und hat auch im Übrigen sämtliche erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um die Anforderungen des voranstehenden Satzes zu erfüllen.
- (4) Die Zustimmungserteilung kann von der Prüfung der Fachkunde, der Leistungsfähigkeit und der Zuverlässigkeit des Nachunternehmers anhand der Maßstäbe der Eignungsprüfung im Rahmen der erfolgten Auftragserteilung unter Beachtung der datenschutzrechtlichen Anforderungen abhängig gemacht werden. Der AN hat für den Nachunternehmer hinsichtlich dessen Leistungsanteils die Eignungsnachweise vorzulegen, die seitens der TK auch von ihm selbst gefordert wurden. Die TK kann eine einmal erteilte Zustimmung widerrufen, falls sich im Nachhinein herausstellt, dass die Eignung des Nachunternehmers wegfällt, das Bundesamt für Soziale Sicherung (BAS) die Nachbeauftragung untersagt oder die Nachbeauftragung Störungen im Vertragsverhältnis zwischen AN und TK zur Folge hat.
- (5) Die voranstehenden Regelungen gelten entsprechend für jede weitere nachgeordnete Nachbeauftragung. Der AN stellt in diesen Fällen sicher, dass nachgeordnete Nachauftragnehmer entsprechend verpflichtet werden.

§ 6 Pflichten der TK

- (1) Die TK hat dem AN zur Durchführung seiner Leistungen die vorhandenen Einrichtungen, Versorgungsanschlüsse und Betriebsstoffe (z. B. Strom, Wasser, Brennstoffe) kostenlos zur Verfügung zu stellen und ihm Zugang zu den technischen Anlagen und Versorgungsanschlüssen zu verschaffen.
- (2) Auf- und Abbau sowie Vorhaltung von Gerüsten und Höhenzugangsgeräten, mit Arbeitsbühnenhöhen über 2,50 m über Gelände oder Fußboden, stellt der AG bzw. werden entsprechend einer im Einzelfall zu treffenden vorherigen Abstimmung gesondert vergütet.

§ 7 Vergütung

- (1) Für die in Anlage V2 dieses Vertrages aufgeführten baulichen Anlagen werden in Ziffer 01.01 bis 01.03 des Leistungsverzeichnisses (Anlage V2) aufgeführte Wartungspauschalen unter Zugrundelegung des zum Zeitpunkt des Entstehens der Steuer geltenden Umsatzsteuersatzes vereinbart.
- (2) Mit diesen Pauschalen abgegolten sind insbesondere:
 - die Leistungen nach § 2 dieses Vertrages, soweit dort nicht ausdrücklich eine zusätzliche Vergütung vorgesehen ist,
 - die Instandsetzung in Fällen, in denen der Aufwand die Bagatellgrenze nach § 2 Absatz 5 nicht übersteigt. (Zur Vergütung von Instandsetzungsarbeiten mit Aufwand über der Bagatellgrenze siehe § 2 Abs. 6 i.V.m. § 7 Abs. 5.),
 - die Kosten für die in § 5 Absatz 1 bezeichneten Hilfsmittel und -stoffe,
 - die Kosten für die entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen vorzunehmende Entsorgung von ausgetauschten Teilen, Hilfs- und Betriebsstoffen, Abfällen und Verpackungen,
 - die Kosten für die unterstützenden Arbeiten bei den Wiederkehrenden Prüfungen gemäß § 16 BetrSichV und die Bereitstellung aller dafür erforderlicher Hilfsmittel,
 - alle Nebenkosten, z.B. Fahr- und Transportkosten, Auslösungen, Tage- und Übernachtungsgelder, Schmutz- und Erschweriszulagen, Überstunden- sowie Sonn- und Feiertagszuschläge.
- (3) Der AN rechnet die Vergütung nach Absatz 1 jeweils halbjährlich nach erfolgter und bestätigter Leistungserbringung ab. Für die Berechnung des Brutto-Betrages gilt der zum Zeitpunkt der Entstehung der Steuer maßgebliche Umsatzsteuersatz.
- (4) Die vereinbarten Pauschalen stellen Festpreise dar und sind verbindlich. Sie gelten für die gesamte Vertragslaufzeit. Eine Lohn- oder Materialpreisgleitung findet nicht statt. Falls die TK die Verlängerungsoption gem. § 10 Abs. 1 ausüben möchte, darf der AN die Preise angemessen nachkalkulieren, und es steht den Parteien frei, die Preise nachzuverhandeln. Die TK kann die Verlängerungsoption jedoch nur auf Basis von Preisen ausüben, mit denen der AN einverstanden ist.
- (5) Für die Lieferung von bei der Wartung, Inspektion oder Instandhaltung benötigten Materialien, die nicht durch die Pauschale gem. Absatz 2 abgegolten sind, sowie für Leistungen zur Beseitigung von Störungen nach § 2 Absatz 10 wird die Vergütung wie folgt vereinbart: Für Materialien, die im LV (Anlage V2) aufgeführt sind, gelten die dort vereinbarten Preise. Für alle anderen Materialien werden die Preise vergütet, die der Auftragnehmer nachweislich allgemein und stetig verrechnet. Für diese Leistungen sind neben den benötigten Materialien auch der Zeitaufwand, die Namen und Lohn- bzw. Berufsgruppen (z. B. Monteur) des eingesetzten Personals sowie verwendete Hilfs- und Betriebsstoffe auf der Abrechnung anzugeben, die zeitnah nach Durchführung der Arbeiten zu übermitteln ist.

§ 8 Rechnungstellung

- (1) Die Rechnungsstellung erfolgt entsprechend § 7 Abs. 3 nachträglich für tatsächlich geleistete Arbeitsstunden bzw. mangelfrei abgearbeitete Positionen des LV (Anlage V2).
- (2) Die jeweilige Rechnung im Original inklusive der zahlungsbegründenden Unterlagen, d.h. inklusive
 - des vollständigen Wartungsberichtes gemäß § 2 Abs. 8 und ggf. des Protokolls gemäß § 2 Abs. 11 sowie
 - der quitierten Arbeitsnachweise und Anwesenheitszeiten gemäß § 2 Abs. 13hat der AN wie folgt einzureichen.

- (3) Vor dem Hintergrund der E-Rechnungsverordnung sind Rechnungen auf elektronischem Wege zu stellen. Die Rechnungen sind als XRechnungen über die OZG-RE über folgenden Link an die TK einzureichen: <https://xrechnung-bdr.de/edi/home>

Zur Rechnungserstellung ist die Leitweg-ID 992-80116-93 der TK anzugeben. Zudem müssen bei der XRechnung alle Pflichtfelder sowie mindestens die Zusatzfelder

Feld BT-56 "Name": O50035106

Feld BT-12 "Vertragsnummer": V20160216.

gefüllt sein. Weitere Vorgaben zu Zusatzfeldern teilt die TK dem AN nach Zuschlagserteilung mit (z.B. zu Feld BT-18 „Objektnummer“, Feld BT-51 bei geschützten Daten).

Alternativ kann die Rechnung auch als pdf-Datei an die E-Mail-Adresse

lieferantenrechnung@tk.de

gesendet werden. Die TK benennt dem AN nach Vertragsabschluss weitere Kontaktdaten zur Übermittlung der Rechnungen.

Die TK ist berechtigt, die vorstehenden Vorgaben unter Beachtung einer angemessenen Ankündigungsfrist anzupassen.

- (4) Sämtliche Zahlungen der TK werden mit schuldbefreiender Wirkung auf das vom AN nach Zuschlagserteilung zu benennende Konto geleistet.

§ 9 Haftung und Versicherung

- (1) Der AN haftet nach den gesetzlichen Bestimmungen.
- (2) Der AN verpflichtet sich, für den Fall der Inanspruchnahme durch die TK oder einen Dritten, eine der Höhe und dem Umfang nach ausreichende Haftpflichtversicherung für Personen-, Sach- und Vermögensschäden, inklusive einer Bearbeitungsschaden/Tätigkeitsschaden-Klausel vorzuhalten.

Die Mindestversicherungssumme für Personen- und Sachschäden beträgt 3,0 Millionen Euro pauschal je Schadenereignis und -jahr.

- (3) Sofern sich der AN bei der Ausführung Dritter bedient und soweit diese nicht von dem gemäß Absatz 2 vorzuhaltenden Versicherungsschutz mit umfasst sind, hat der AN sicherzustellen, dass diese ebenfalls eine Absatz 2 entsprechende Haftpflichtversicherung abschließen und unterhalten.
- (4) Diese Versicherungen müssen spätestens zu Beginn der jeweiligen Leistungserbringung Gültigkeit haben und sind während der Dauer dieses Vertragsverhältnisses aufrecht zu erhalten.
- (5) Auf Verlangen der TK sind während der Vertragsdauer sämtliche Nachweise der gemäß der Absätze 1 und 2 zu schließenden Versicherungen in aktueller Fassung vorzulegen, aus denen sowohl die versicherte Tätigkeit (Tätigkeitsbeschreibung) als auch die vereinbarten Versicherungssummen hervorgehen und in denen die zugrunde gelegten Bedingungen benannt sind.
- (6) Der AN hat der TK sämtliche Änderungen im Versicherungsumfang unverzüglich schriftlich mitzuteilen.

§ 10 Vertragslaufzeit, Kündigung

- (1) Der Vertrag beginnt am 01.09.2026 und wird für die Dauer von vier Jahren geschlossen. Der Vertrag endet mit Ablauf von 4 Jahren, ohne dass es einer Kündigung oder sonstigen Erklärung bedarf. Zum

31.08.2028 steht beiden Vertragspartnern ein einmaliges Sonderkündigungsrecht zu, das nur bis spätestens zum 29.02.2028 schriftlich ausgeübt werden kann. Die TK kann den Vertrag einmal um zwei Jahre verlängern, wenn sie dem AN diese Absicht spätestens sechs Monate vor dem 31.08.2030 schriftlich mitteilt. Bei Ausübung dieser Option gelten alle Regelungen des Vertrages weiter, vorbehaltlich einer Nachkalkulation der Preise gem. § 7 Abs. 4. Der Vertrag endet automatisch spätestens mit Ablauf von 6 Jahren, ohne dass es einer Kündigung oder sonstigen Erklärung bedarf.

- (2) Dieser Vertrag kann von jedem Vertragspartner aus wichtigem Grund ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist ganz oder teilweise gekündigt werden, wenn Tatsachen vorliegen, aufgrund derer dem Kündigenden unter Berücksichtigung aller Umstände und unter Abwägung der Interessen beider Vertragspartner die Fortsetzung des Vertrages bzw. Teilen davon nicht zugemutet werden kann. Ansonsten werden sich die Vertragspartner bei Auftreten von Meinungsverschiedenheiten nach Kräften um eine einvernehmliche Lösung bemühen.
- (3) Die TK ist insbesondere bei Vorliegen folgender Sachverhalte zur fristlosen Kündigung berechtigt:
 - der AN verletzt seine Pflichten hinsichtlich der Geheimhaltung,
 - der AN verletzt die Datenschutzbestimmungen,
 - der AN hat wesentliche Vertragspflichten einmal vorsätzlich oder grob fahrlässig bzw. mehrmals fahrlässig oder leicht fahrlässig verletzt,
 - die in Anlage V2 dieses Vertrages genannten baulichen Anlagen werden wesentlich umgebaut und der Betrieb des AN ist infolge wesentlicher Änderungen der baulichen Anlagen nicht mehr auf die dann erforderlichen Instandhaltungsarbeiten eingerichtet.
- (4) Sollten gesetzliche Veränderungen, eine Weisung des Bundesamtes für Soziale Sicherung (BAS) oder eine gerichtliche oder behördliche Verfügung der TK die Durchführung der vertragsgegenständlichen Leistungen nicht länger erlauben, steht der TK ein Recht zur außerordentlichen, fristlosen Kündigung dieses Vertrages zu. Der AN verzichtet auf die Geltendmachung von Schadensersatzansprüchen gegen die TK wegen etwaiger durch eine solche Kündigung eintretender Schäden, es sei denn, die Untersagung beruht auf einem pflichtwidrigen Verhalten der TK.
- (5) Die Kündigung bedarf der Schriftform.

§ 11 Abwicklung des Vertrages

- (1) Der AN verpflichtet sich, nach Beendigung des Vertragsverhältnisses unverzüglich sämtliche mit diesem Vertrag im Zusammenhang stehenden Unterlagen, Materialien und Datenträger sowie von der TK überlassene Dateien in ihrer ursprünglichen und gegebenenfalls durch den AN aktualisierten Form an die TK bzw. an einen von der TK benannten Dritten herauszugeben oder nach Absprache mit der TK zu vernichten bzw. zu löschen. Der AN kann an den genannten Gegenständen kein Zurückbehaltungsrecht geltend machen.
- (2) Die Pflicht zur Herausgabe von Unterlagen, Materialien und Datenträger besteht nicht, sofern der AN zu deren Aufbewahrung gesetzlich verpflichtet ist.

§ 12 Compliance und Antikorruptionsklausel

- (1) Der AN ist verpflichtet, zusätzlich zu den bereits im Vertrag aufgeführten Bestimmungen die jeweils für ihn maßgeblichen und im Zusammenhang mit dem Vertragsverhältnis stehenden gesetzlichen Regelungen einzuhalten. Dies betrifft insbesondere Anti-Korruptions- und Geldwäschegesetze, kartell-, wettbewerbsrechtliche und strafrechtliche Vorschriften (insbesondere Betrug, Untreue und Insolvenzstraftaten) sowie arbeits- und sozialrechtliche Vorschriften.

- (2) Bei einem Verstoß gegen vorstehenden Absatz kann dieser Vertrag nach den gesetzlichen Bestimmungen ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist außerordentlich gekündigt werden. Die TK ist insbesondere zur außerordentlichen Kündigung berechtigt,
- (a) wenn sich der AN im Zuge der Begründung oder Durchführung des Schuldverhältnisses an unzulässigen Wettbewerbsbeschränkungen im Sinne des Strafgesetzbuches (StGB) oder des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) beteiligt hat. Dies umfasst insbesondere Vereinbarungen mit Dritten über die Abgabe oder Nichtabgabe von Angeboten, über zu fordernde Preise, über die Entrichtung einer Ausfallentschädigung (Gewinnbeteiligung oder sonstige Angaben) sowie über die Festlegung der Empfehlung von Preisen oder
 - (b) wenn der AN nachweislich eine seine Zuverlässigkeit in Frage stellende schwere Verfehlung begangen hat, die nach den maßgeblichen vergaberechtlichen Bestimmungen seinen Ausschluss vom Wettbewerb rechtfertigt. Eine schwere Verfehlung ist insbesondere die Gewährung von Vorteilen im Sinne der §§ 333, 334 StGB.

§ 13 Einhaltung gesetzlicher Entgeltbestimmungen

- (1) Der AN hat die TK unverzüglich schriftlich zu informieren, sobald er Kenntnis davon hat, dass er oder ein im Rahmen dieses Vertragsverhältnisses eingesetzter Unterauftragnehmer gegen die Bestimmungen des Gesetzes zur Regelung eines allgemeinen Mindestlohns (MiLoG) oder des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes (AEntG) zur Zahlung des Mindestlohns verstößt oder verstoßen hat oder dass Tatsachen den Verdacht eines solchen Verstoßes begründen.
- (2) Die TK ist berechtigt, jederzeit vom AN eine schriftliche Erklärung darüber zu verlangen, dass er der Verpflichtung zur Zahlung des Mindestlohns nach den einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen nachkommt. Sofern die TK Kenntnis von Umständen erlangt, die den Verdacht eines Verstoßes des AN oder eines im Rahmen der Vertragsdurchführung eingesetzten Unterauftragnehmers gegen die Bestimmungen des MiLoG oder des AEntG zur Zahlung des Mindestlohnes begründen, ist die TK berechtigt, weitere über eine schriftliche Erklärung des AN hinausgehende geeignete Nachweise zu verlangen (nach Wahl der TK z.B. Testat eines Wirtschaftsprüfers, aussagekräftige und nachvollziehbare Entgeltunterlagen). Sollte sich ein ohne Zutun des AN entstandener Verdacht nicht bestätigen, ist der AN berechtigt, für die Beibringung der von der TK geforderten Nachweise entstandene Kosten von der TK erstattet zu verlangen. Der AN stellt sicher, dass er berechtigt ist, entsprechende Nachweise auch von im Rahmen dieses Vertragsverhältnisses eingesetzten Unterauftragnehmern zu verlangen und an die TK auf deren Verlangen weiterzureichen.
- (3) Ein Verstoß des AN gegen die Verpflichtung zur Zahlung des Mindestlohns nach den einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen berechtigt die TK zur fristlosen Kündigung des Vertrages aus wichtigem Grund. Zudem ist die TK zur fristlosen Kündigung aus wichtigem Grund auch dann berechtigt, wenn der AN seine Pflichten nach den vorgenannten Absätzen 1 und 2 trotz vorheriger erfolgloser Abmahnung verletzt. Ein Verstoß eines im Rahmen dieses Vertrages eingesetzten Unterauftragnehmers gegen die Verpflichtung zur Zahlung des Mindestlohns nach den einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen berechtigt die TK dazu, den sofortigen Austausch des Unterauftragnehmers zu verlangen bzw. die Zustimmung zum Einsatz dieses Unterauftragnehmers mit sofortiger Wirkung zu widerrufen.
- (4) Der AN stellt die TK von sämtlichen Ansprüchen Dritter frei, die infolge von Verstößen des AN gegen die Bestimmungen des MiLoG oder des AEntG zur Zahlung des Mindestlohnes entstehen. Zudem stellt der AN die TK von sämtlichen Ansprüchen Dritter frei, die infolge von Verstößen gegen die Bestimmungen des MiLoG oder des AEntG zur Zahlung des Mindestlohnes von für die Durchführung des Vertrages eingesetzten Unterauftragnehmern entstehen.

§ 14 Geheimhaltung

- (1) Vertrauliche Informationen sind:

- Informationen über den Inhalt dieses Vertrages.
- Geschäftsgeheimnisse. Diese beinhalten das gesamte kaufmännische Wissen, d.h. alle Daten, die sich auf den Zustand der Vertragsparteien und ihr Marktverhalten beziehen, wie insbesondere finanzielle, wirtschaftliche, rechtliche, wissenschaftliche und steuerliche sowie die Geschäftsstrategien oder Schutzrechte betreffende Informationen, die nur einem begrenzten Personenkreis zugänglich sind und an deren Nichtverbreitung die jeweilige Vertragspartei ein berechtigtes Interesse hat (z.B. organisatorische und strukturelle Vorhaben, Kalkulationsunterlagen, Werbe- und Marketingkonzepte).
- Betriebsgeheimnisse, d.h. alle technischen und technologischen Daten, die nur einem begrenzten Personenkreis zugänglich sind und an deren Nichtverbreitung die jeweilige Vertragspartei ein berechtigtes Interesse hat (z. B. betriebs- bzw. unternehmensorganisatorische Softwarelösungen).
- Die Mitarbeiter oder den Vorstand/die Geschäftsleitung betreffende unternehmensrelevante Informationen, die nur einem begrenzten Personenkreis zugänglich sind und an deren Nichtverbreitung die jeweilige Vertragspartei ein berechtigtes Interesse hat (z.B. geplante interne Versetzungen, Änderungen der Personalstruktur u. Ä.).

(2) Die Vertragsparteien sind verpflichtet, über die in Absatz 1 genannten vertraulichen Informationen der jeweils anderen Partei Stillschweigen zu wahren, sie - soweit dies erforderlich ist - ausschließlich zum Zwecke dieser Vertragserfüllung zu verwenden und sie Dritten ohne vorherige schriftliche Zustimmung der jeweils anderen Partei nicht zugänglich oder bekannt zu machen.

(3) Die Verpflichtung zur Geheimhaltung besteht auch nach Beendigung des Vertragsverhältnisses.

(4) Die Verpflichtung zur Geheimhaltung entfällt, soweit die Weitergabe der vertraulichen Informationen an beauftragte Unterauftragnehmer zur Durchführung der unterbeauftragten Leistungen zwingend erforderlich ist. Von der Verpflichtung nach Absatz 2 und 3 ausgenommen sind weiterhin Informationen, die

- veröffentlicht und/oder allgemein bekannt werden ohne ein die Geheimhaltungsvereinbarung verletzendes Zutun einer Vertragspartei,
- der jeweiligen Vertragspartei vor Anbahnung des Vertrages im Sinne des § 311 Abs. 2 BGB bereits bekannt sind oder auf einem anderen Weg als durch den Vertragspartner rechtmäßig bekannt werden oder
- aufgrund gesetzlicher Bestimmungen oder vollstreckbarer behördlicher Verfügungen oder gerichtlicher Entscheidungen offengelegt werden müssen oder
- zur sachgerechten Rechtsverfolgung von Rechten und Ansprüchen aus diesem Vertrag Dritten notwendigerweise zugänglich gemacht werden müssen.

(5) Soweit der AN zur Weitergabe von vertraulichen Informationen an Dritte berechtigt ist, stellt er die Fortgeltung dieser Geheimhaltungsregelung sicher.

§ 15 Datenschutz

Der AN verpflichtet sich, das Sozialgeheimnis nach § 35 SGB I und die Grundsätze der EU-Datenschutzgrundverordnung (Vertraulichkeitsgebot) zu wahren. Sollten der AN oder dessen Mitarbeiter im Rahmen des laufenden Vertragsverhältnisses Kenntnis über Sozialdaten oder geschützte personenbezogene Daten erhalten, ist es ihnen untersagt, diese Daten zu verarbeiten oder zu nutzen. Der AN hat seine Mitarbeiter, die er im Rahmen des Auftragsverhältnisses einsetzt, schriftlich entsprechend zu verpflichten. Die jeweiligen Niederschriften über die Verpflichtung sind der TK auf Verlangen vorzulegen.

§ 16 Referenzkundenklausel

Die Benennung der TK als Referenzkunde ist dem Auftragnehmer nur nach vorheriger schriftlicher Erlaubnis gestattet.

§ 17 Sonstige Vereinbarungen

- (1) Ansprüche aus diesem Vertrag kann der AN nur mit Zustimmung der TK abtreten, § 354a HGB bleibt hiervon unberührt. Eine Aufrechnung des AN gegenüber der TK ist nur bei unstreitigen oder rechtskräftig festgestellten Ansprüchen möglich.
- (2) Soweit dieser Vertrag keine oder nur teilweise Regelungen enthält, finden die VOL/B oder die VOB/B Anwendung. Im Übrigen berührt die Nichtigkeit/Unwirksamkeit einzelner Bestimmungen die Wirksamkeit der übrigen Teile des Vertrages nicht. Die Vertragsparteien verpflichten sich ferner, etwaige unwirksame Bestimmungen durch eine wirksame Regelung zu ersetzen, die den von den Vertragsparteien wirtschaftlich gewollten am nächsten kommt. Soweit dies nicht möglich ist, gelten ersatzweise die Bestimmungen des BGB.
- (3) Soweit der Vertrag eine "schriftliche" Zustimmung bzw. Erklärung fordert, ist die Textform (z.B. E-Mail) ausreichend. Gleiches gilt für rechtserhebliche Erklärungen und Anzeigen (z.B. Fristsetzung und Mahnung), es sei denn, die Parteien haben eine strengere Formvorschrift vereinbart. Soweit der Vertrag "Schriftform" fordert, muss eine Erklärung gemäß §§ 126, 126a BGB erfolgen (per Brief mit einer eigenhändigen Unterschrift bzw. unter Verwendung einer qualifizierten elektronischen Signatur).
- (4) Änderungen und Ergänzungen dieses Vertrages sind nur wirksam, wenn sie in Schriftform oder im elektronischen Vertragsabschlusssystem der TK in Textform getroffen werden. Dies gilt auch für die Änderung oder Aufhebung dieser Klausel. Mit diesem Formerfordernis soll keine Abbedingung des Vorrangs einer - auch mündlichen - Individualvereinbarung einhergehen.
- (5) Erfüllungsort ist das jeweilige Objekt der TK.
- (6) Gerichtsstand für Streitigkeiten aus diesem Vertrag ist Hamburg.
- (7) Der Vertrag unterliegt dem Recht der Bundesrepublik Deutschland unter Ausschluss des Übereinkommens der Vereinten Nationen über Verträge über den internationalen Warenkauf (CISG).

Techniker Krankenkasse

Unterschrift Auftragnehmer